

Neuanfang in der Klimapolitik

Das Ziel der Staaten, den Temperaturanstieg auf zwei Grad zu begrenzen, ist gescheitert. Was hilft lamentieren? Besser ist die Formulierung einer neuen Strategie.
Von Oliver Geden

Die Klimapolitik steht am Scheideweg. Seit der Verabschiedung der UN-Klimarahmenkonvention 1992 sind die globalen Treibhausgasemissionen kontinuierlich weiter gestiegen, eine Trendwende ist nicht in Sicht. Auch der 18. Weltklimagipfel ging kürzlich ohne belastbare Ergebnisse zu Ende. Wenn überhaupt noch eine realistische Chance bestehen soll, das von den Europäern durchgesetzte UN-Ziel zu erreichen, den Temperaturanstieg auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen, dann müssten die globalen Emissionen bereits in der laufenden Dekade um 15 Prozent sinken, gefolgt von noch drastischeren Reduktionsschritten in den Jahrzehnten danach.

Darüber herrscht unter Klimapolitikern, Wissenschaftlern und NGOs weitgehend Einigkeit. Kaum jemand geht noch ernsthaft davon aus, dass das 2-Grad-Limit eingehalten werden kann. Doch der Umgang mit diesem Wissen hat beinahe etwas Gespenstisches. Die naheliegende Debatte über eine neue klimapolitische Zielmarke findet nicht statt. Stattdessen überboten sich Wissenschaftler und Aktivisten während der Doha-Konferenz mit düsteren Szenarien, moralischen Appellen und politischen Durchhalteparolen. Und nie fehlt der Hinweis auf makroökonomische Modell-Studien, die doch zweifelsfrei zeigten, dass die zur Einhaltung des 2-Grad-Limits notwendigen Emissionsminderungen immer noch 'machbar' sind.

Übersehen wird dabei zweierlei: Die Modelle der Klimaökonomien beurteilen nur die technologische und volkswirtschaftliche Machbarkeit von drastischen Emissionsreduktionen, nicht jedoch Chancen und Grenzen ihrer politischen Umsetzung. Viel wichtiger aber noch: Über die Zukunft des 2-Grad-Ziels entscheidet ohnehin nicht die Wissenschaft, sondern die Politik. Wer einen Gestaltungsanspruch erhebt, wird sich deshalb auch auf die politischen Handlungslogiken einlassen müssen. Sobald ein politisches Ziel als unerreichbar gilt, büßt es seine positive Symbolfunktion ein und kann politisches Handeln nicht mehr wirksam anleiten. Das Ziel wird dann entweder aufgegeben oder doch zumindest an die veränderten Realitäten angepasst. Daraus folgt: Steigen die globalen Emissionen in den kommenden Jahren wie prognostiziert weiter an, wird das 2-Grad-Ziel unweigerlich modifiziert werden müssen.

Allerdings ist eine realpolitisch motivierte Absenkung des Ambitionsniveaus vor allem für die Europäer mit erheblichen Risiken verbunden. Zum einen droht der EU ein empfindlicher Imageschaden, wenn sie die von ihr selbst durchgesetzte Zielmarke aufgibt. Zum anderen leitet die EU ihre internen Emissionsminderungsvorgaben von 80-95 Prozent bis 2050 direkt aus dem 2-Grad-Ziel ab. Eine Abschwächung des globalen Klimaziels wird zwangsläufig eine Debatte über die Lockerung der Minderungsziele in Europa nach sich ziehen.

In solch einem Prozess steht auch für die klimawissenschaftliche Politikberatung und die NGOs einiges auf dem Spiel. Bei einer Abkehr vom 2-Grad-Limit und den daraus für Europa abgeleiteten Emissionsreduktionskorridoren wäre offenkundig auch der bislang einmalige Versuch gescheitert, der Politik strikte wissenschaftsbasierte Handlungsbeschränkungen aufzuerlegen. Die NGOs wiederum fürchten nicht nur eine rasante Erosion klimapolitischer Leitplanken. Sie werden erkennbar abgeschwächte Klimaziele schon deshalb nicht

akzeptieren können, weil es ihre Position auf dem Spendenmarkt zu sehr beeinträchtigen würde.

Noch besteht ein breiter Konsens, das nahende Scheitern des 2-Grad-Ziels nicht zu thematisieren. Da dies aber keinerlei dämpfende Auswirkungen auf die Emissionsentwicklung hat, wird die Frage einer Zielmodifikation früher oder später auf die politische Agenda kommen. Die EU wird darüber zwar nicht im Alleingang entscheiden können, aber als klimapolitische Vorreiterregion hat Europas Wort in den Klimaverhandlungen durchaus Gewicht. Drei grundlegende Optionen sind dabei vorstellbar.

Die scheinbar nahe liegendste Variante, die Definition einer neuen globalen Temperaturobergrenze bei 2,5 oder 3 Grad Celsius, ist zugleich die unwahrscheinlichste. Eine derart explizite Abschwächung des Ambitionsniveaus ließe sich der europäischen Öffentlichkeit kaum vermitteln. Der klimawissenschaftlichen Politikberatung fiel es zudem schwer zu begründen, warum eine Temperaturerhöhung von 2,5 Grad noch tolerabel sein könnte, hat sie doch fast zwei Jahrzehnte lang immer wieder betont, dass der Klimawandel ab einer Marke von exakt 2,0 Grad gefährlich zu werden beginnt. Nicht zuletzt bliebe auch fraglich, ob die internationale Staatengemeinschaft eine neue Obergrenze im zweiten Anlauf auch tatsächlich ernst nehmen würde.

Mit der Option eines Verzichts auf ein exaktes globales Klimaziel wäre ein Paradigmenwechsel verbunden, der die geringen Steuerungskapazitäten und fehlenden Sanktionsmöglichkeiten des UN-Systems in Rechnung stellt. Sich lediglich auf das Prinzip einer schrittweisen globalen Dekarbonisierung zu verständigen und eine Langfristvision wie Klimaneutralität zu formulieren, würde die Aufmerksamkeit unmittelbar auf die Umsetzung konkreter Klimaschutzmaßnahmen und die dabei realisierten Emissionsminderungen lenken. Nicht das Warten auf den perfekten globalen Vertrag stünde im Zentrum, sondern messbares pragmatisches Handeln. Die EU wird diese Option jedoch scheuen, weil ein solcher Paradigmenwechsel schlagartig klar machen würde, wie wenig ausgeprägt der Wille zu ehrgeizigen Maßnahmen nach wie vor ist. Klimapolitik allen mit wohlklingenden Deklarationen zu bestreiten wäre dann nicht mehr möglich.

Am wahrscheinlichsten ist es deshalb, dass die EU anstreben wird, die 2-Grad-Marke nicht länger als feste Obergrenze zu interpretieren, sondern nur noch als langfristige Orientierungsmarke. Ein Überschreiten wäre grundsätzlich erlaubt, in welcher Höhe und für welchen Zeitraum, das bliebe letztlich den Klimaverhandlern überlassen. Ein definitives Scheitern am 2-Grad-Ziel wäre in dieser Variante unmöglich, denn langfristig bliebe der angestrebte Zustand stets noch erreichbar - ähnlich wie beim 0,7-Prozent-Ziel in der Entwicklungshilfe. Mit dieser Neuinterpretation könnte ein offensichtliches Scheitern der Klimapolitik zwar vermieden und mehr Zeit für die UN-Verhandlungen gewonnen werden. Eine Beschleunigung klimapolitischer Maßnahmen dürfte davon aber nicht ausgehen.

Die Festlegung von Klimazielen ist kein Selbstzweck. Sie strukturiert jedoch den Raum der jeweils sinnvoll erscheinenden Instrumente vor. Zudem bieten Ziele Anhaltspunkte für eine Bewertung der Erfolge von Klimapolitik. Es ist deshalb kein gutes Zeichen, dass eine Debatte über das faktische Scheitern des 2-Grad-Ziels und den sich daraus ergebenden Konsequenzen bislang verweigert wird.

Oliver Geden ist Klimapolitik-Experte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik. Zuletzt erschien dort seine Studie 'Die Modifikation des 2-Grad-Ziels'